



Ausschuss für Bauen und Verkehr

71. Sitzung (öffentlich)

29. Oktober 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:45 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Röken (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|--------------|---|--------------|
| 1 | Einsichtnahme LEG-Vertrag - Benennung der Personen | 5 |
| | Der Ausschuss benennt die aus der Anlage 1 ersichtlichen Personen für die Einsichtnahme in den LEG-Vertrag. | |
|
2 |
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) |
6 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000
Vorlage 14/1983, 14/2064 und 14/2174 | |
| | - Abschließende Beratung des Einzelplans 14 und Beschlussfassung gemäß Vereinbarung der Fraktionen | |

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen lehnt der Ausschuss den Antrag der SPD-Fraktion ab, die Beratung des Haushaltsplanentwurfs von der Tagesordnung abzusetzen.

Die Abstimmungsergebnisse zu den einzelnen Haushaltsanträgen sind der Anlage zu Vorlage 14/2266 zu entnehmen.

Das Benehmen über das Landesstraßenbauprogramm 2009 ist hergestellt.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion sowie gegen die Stimmen der Grünen-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Haushalts- und Finanzausschuss, dem Haushaltsgesetz zuzustimmen.

- | | | |
|----------|--|-----------|
| 3 | Sechstes Gesetz zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes (6. ÄndG-WBFG) | 12 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7497 | |
| | Der Ausschuss beschließt einstimmig die Durchführung einer Anhörung. | |
| 4 | Investitionspakt 2008: Energetische Erneuerung von 69 Schulen und Kindergärten in Nordrhein-Westfalen | 13 |
| | – Bericht durch Minister Oliver Wittke (MBV) | 13 |
| | – Aussprache | 14 |
| 5 | Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform auf dem Gebiet des Heimrechts | 16 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6972
Ausschussprotokolle 14/716 und 14/719 | |
| | - Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen | |

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

* * *

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000
Vorlage 14/1983, 14/2064 und 14/2174

- Abschließende Beratung des Einzelplans 14 und Beschlussfassung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Dieter Hilser (SPD) führt aus, nach Auffassung seiner Fraktion sei der vorliegende Haushaltsplanentwurf Makulatur, weil die erwarteten knapp 1,7 Milliarden € zusätzlichen Steuereinnahmen aufgrund der Wirtschaftsentwicklung und der Weltfinanzkrise auf keinen Fall erreicht würden. Insofern stelle der vorliegende Haushaltsplanentwurf keine sinnvolle Grundlage für eine Haushaltsberatung dar. Aufgrund dieser Ereignisse gehe er davon aus, dass die Landesregierung Anfang November einen Nachtragshaushalt vorlegen werde, der die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung berücksichtige. Von daher beantrage seine Fraktion, diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen. Sollte dieser Antrag von den Koalitionsfraktionen abgelehnt werden, werde sich seine Fraktion bei der Abstimmung über die Änderungsanträge und der Gesamtabstimmung der Stimme enthalten.

Bernd Schulte (CDU) legt dar, die Steuerschätzung Anfang November werde die Entwicklung auf den Weltfinanzmärkten berücksichtigen. Dies bleibe abzuwarten. Eine Wertung vorzunehmen, sei jedoch Angelegenheit des Haushalts- und Finanzausschusses. Insofern spreche nichts dagegen, heute die Antragsberatung durchzuführen.

Er habe heute Morgen folgende Mail erhalten:

Lieber Harald, trotz größter Bemühungen ist es leider doch noch ein bisschen später mit den Anträgen geworden; hierfür bitte ich um Verständnis.

Es sei eine Unverschämtheit einer Fraktion dieses Hauses gegenüber anderen Fraktionen, wenn morgens um 9:14 Uhr ein Antragspaket mit einem Volumen von rund 2 Milliarden € eingehe mit dem Ziel, hierüber in der am Nachmittag stattfindenden Ausschusssitzung abzustimmen. 957 Millionen € sollten umgeschichtet, 124 Millionen € eingespart und 800 Millionen € im Wohnungsbauvermögen aufgeschichtet werden. Hierzu gebe es keinen einzigen Deckungsvorschlag, sondern man nehme eine neue Nettokreditaufnahme in Kauf. Dies sei eine Unverschämtheit ungeahnten Ausmaßes, wenn man berücksichtige, mit welcher Rücksichtslosigkeit der Abgeordnete Becker seine Forderungen an andere Fraktionen stelle und Kleinlichkeit an den Tag lege, wenn es um großzügige Auslegungen der Geschäftsordnung gehe. Das Höchstmaß an Freundlichkeit, das diesen Anträgen entgegengebracht werden könne, sei eine Verweisung der Anträge ohne Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss. Seine Fraktion werde das Vorgehen des Abgeordneten Becker zum Maß-

stab von Anliegen machen, die er in nächster Zeit in diesem Ausschuss oder anderswo vorbringen werde.

Inhaltlich verweise er auf die Ausführungen seiner Fraktion in der letzten Ausschusssitzung.

Horst Becker (GRÜNE) erwidert, sein Mitarbeiter, Herr Tönnies, habe die Haushaltsanträge bereits am gestrigen Tage dem Herrn Holler zugemailt. Wer sich mit diesen Anträgen befasse, stelle fest, dass viele davon bereits in den letzten Jahren gestellt worden seien. Insofern könne sehr wohl in der heutigen Sitzung darüber beraten und abgestimmt werden.

Er stimme dem Abgeordneten Hilser zu, dass in nächster Zeit die Steuereinnahmen sänken, und konzidiere, dass die Auswirkungen der Weltfinanzkrise die Realwirtschaft erreichten. Dies bedinge, frühzeitig und angemessen zu handeln, und zwar vor allem dort, wo es konjunkturelle Einbrüche gebe, nämlich in der Bauwirtschaft. Ihn verwundere nicht, dass sich der Abgeordnete Schulte so aufrege. Dies entbinde die Koalitionsfraktionen jedoch nicht davon, sich heute mit den Anträgen zu beschäftigen.

Seiner Meinung nach seien die Haushaltsanträge genauso frühzeitig bei den anderen Fraktionen eingegangen wie zuzeiten der rot-grünen Regierungszeit. Diesbezüglich könnte er einige Beispiele nennen. Das Reden und das Handeln der Koalitionsfraktionen stünden in keinem Zusammenhang.

Dieter Hilser (SPD) bringt seine Fassungslosigkeit darüber zum Ausdruck, dass die Koalitionsfraktionen im Ausschuss für Bauen und Verkehr die inhaltliche Arbeit an den Haushalts- und Finanzausschuss abgeben wollten. Die Ausführungen des Abgeordneten Schulte bestätigten, dass die Steuerschätzung abgewartet werden müsse, um seriös über die Haushaltsanträge zu beraten. Er habe ja schon länger den Eindruck, dass die Koalitionsfraktionen die Parlamentsarbeit an die Landesregierung abgetreten hätten. Allerdings halte er es für abwegig, Anträge, die den Ausschuss für Bauen und Verkehr beträfen, in Unkenntnis der Finanzsituation dem Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen. Seiner Meinung nach könne im Bereich Bauen und Verkehr nur der Ausschuss für Bauen und Verkehr die richtigen Prioritäten setzen.

Bernhard Schemmer (CDU) erinnert an frühere Regierungszeiten, in denen es Neuverschuldungen in Höhe von 2 bis 3 Millionen € gegeben habe, aus denen dann 6 bis 7 Millionen € geworden seien. Eine ordentliche Haushaltspolitik gebe es erst seit Schwarz-Gelb.

Die Grünen-Fraktion sollte sich einmal Gedanken darüber machen, ob es sinnvoll sei, Haushaltsanträge in Milliardenhöhe ohne Deckungsvorschläge einzubringen.

Unter Rot-Grün seien im Haushalt immer globale Minderausgaben ausgewiesen worden. Diese Art der Haushaltspolitik gebe es nun nicht mehr. Der Abgeordnete Hilser habe den Koalitionsfraktionen vorgeworfen, dass die Parlamentsarbeit an die Landesregierung abgegeben werde. Dies falle auf die jetzigen Oppositionsfraktionen

zurück, wenn man bedenke, dass sie in ihrer Regierungszeit globale Minderausgaben in dem Haushalt ausgewiesen hätten und die jeweiligen Minister hätten entscheiden lassen, für was etwas ausgegeben werde.

Christof Rasche (FDP) lässt verlauten, die Haushaltsanträge der Grünen-Fraktion würden zu einem Defizit von 900 Millionen € führen. Kein Wort davon, woher diese 900 Millionen € kommen sollten. Vor dem Hintergrund könne doch von den Koalitionsfraktionen nicht ernsthaft erwartet werden, dass sie diesen Anträgen zustimmten.

Darüber hinaus weise er darauf hin, dass die Grünen-Fraktion Haushaltsanträge für Vorhaben im Bereich Straße gestellt habe, wofür aus dem Jahre 2007 Verpflichtungsermächtigungen für das Jahr 2009 bestünden, also rechtliche Verpflichtungen des Landes, das Geld zur Verfügung zu stellen. Trotz dieser rechtlichen Verpflichtung werde von der Grünen-Fraktion dieses Geld gestrichen. So könne man doch keine Finanzpolitik betreiben.

Horst Becker (GRÜNE) erläutert, lediglich zwei Haushaltsanträge mit den hohen Beträgen bezögen sich auf das Konjunkturprogramm. Er betone noch einmal, dass bis auf die zwei Haushaltsanträge zum Konjunkturprogramm alle anderen Anträge bereits in der Vergangenheit gestellt worden seien. Insofern sollte es keine Schwierigkeiten geben, sich damit zu befassen.

Bezüglich des Konjunkturprogramms habe er eine völlig andere Auffassung als die Koalitionsfraktionen. Ein Konjunkturreinbruch würde sich vor allem in der Bauwirtschaft und im Wohnungsbau manifestieren. Dies treffe insbesondere die Kommunen. Vor diesem Hintergrund müsse nun etwas unternommen werden. Er sei sich sicher, dass sich die Koalitionsfraktionen spätestens Anfang nächsten Jahres damit auseinandersetzen hätten, dass die Realwirtschaft von der Finanzkrise längst erfasst werde. Dies spiegle sich natürlich derzeit noch nicht in den Zahlen wider, denn Zahlen bildeten lediglich die Vergangenheit ab. Aus seiner Sicht könnten mit einem 10-Jahresprogramm bei einer Verzinsung von 4,7 % Maßnahmen in den von ihm beschriebenen Feldern, also im Mietwohnungsbau und in der energetischen Sanierung, vorgezogen werden, weil sie einen volkswirtschaftlichen Nutzen hätten und weil damit in Zeiten des Abschwungs genau entgegengesteuert werde. Wenn die Konjunktur wieder anziehe, könne dies dadurch gegenfinanziert werden, dass dann weniger investiert werde. Dies wäre für die Volkswirtschaft außerordentlich notwendig und sinnvoll.

Bernd Schulte (CDU) führt aus, er habe ausgeführt, es wäre das Höchstmaß an freundlicher Behandlung, wenn man die Anträge ohne Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss weiterleite. Ungeachtet der Inhalte würden in diesen Haushaltsanträgen finanzielle Dimensionen erreicht, die die Zuständigkeit des Ausschusses für Bauen und Verkehr bei Weitem sprengten. Hierdurch würden die Prinzipien der Koalitionsfraktionen und der Landesregierung hinsichtlich der Konsolidierung des Haushaltes infrage gestellt. Für die Beratung dieser Anträge werde eine breitere Basis benötigt, als es sie im Ausschuss für Bauen und Verkehr gebe. Er plädiere dafür, den

Haushaltsplanentwurf zum Einzelplan 14 heute an den Haushalts- und Finanzausschuss mit einem positivem Votum weiterzuleiten. Wenn es der Klarheit in der Sache sowie der Verdeutlichung von Standpunkten diene, dann könne man im Hinblick auf die dargestellten finanziellen Eckpunkte die Haushaltsanträge der Grünen-Fraktion auch heute ablehnen.

Dieter Hilser (SPD) stimmt dem Abgeordneten Schulte zu, dass für die Beratung der vorliegenden Haushaltsanträge mehr Zeit benötigt werde. Allerdings sei es höchste Zeit, darüber nachzudenken, wie man der wirtschaftlichen Entwicklung entgegensteuere. Für ein solches Konjunkturprogramm eigneten sich insbesondere die Themen energetische Sanierung und Wohnungsbauförderung. Von daher unterstütze er die Auffassung des Abgeordneten Becker, dass hier dringend etwas geschehen müsse, und zwar in einer Größenordnung, die nachhaltig wirke.

Christof Rasche (FDP) erwidert, in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Bauen und Verkehr falle nicht die Finanzpolitik der Landesregierung in Gänze, sondern lediglich die Bau- und Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen, und zwar in dem zur Verfügung stehenden Rahmen. Er halte es für verantwortungslos, Haushaltsanträge in einem Umfang von 900 Millionen € ohne Deckungsvorschläge einzubringen. So könne man mit Finanzen nicht umgehen. Darüber hinaus handele es sich bei den vorliegenden Anträgen der Grünen um reine Showanträge. Hiermit wolle man lediglich der Öffentlichkeit zeigen, wofür man sich alles einsetze. Woher das Geld kommen solle, werde jedoch nicht gesagt. Eine solche verantwortungslose Politik mache er nicht mit.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen lehnt der **Ausschuss** den Antrag der SPD-Fraktion ab, die Beratung des Haushaltsplanentwurfs von der Tagesordnung abzusetzen.

Antragsberatung

Hierzu liegen 16 Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor (**Anlage zu Vorlage 14/2266**).

Horst Becker (GRÜNE) begründet die Änderungsanträge seiner Fraktion jeweils im Sinne der den Anträgen beigefügten schriftlichen Begründung.

Die Abstimmungsergebnisse zu den einzelnen Haushaltsanträgen sind der Anlage zu Vorlage 14/2266 zu entnehmen.

Landesstraßenbauprogramm 2009

Vorsitzender Wolfgang Röken teilt mit, dass hierüber lediglich das Benehmen hergestellt werden müsse.

Achim Tüttenberg (SPD) bringt bezüglich des Landesstraßenbauprogramms 2009 seine Überraschung zum Ausdruck. Der Abgeordnete Lorth von der CDU werde ihn in seiner Verantwortung als Vorsitzender des Regionalrats Köln sicherlich hierin unterstützen. Ihn verwundere, dass die immer wieder von allen Parteien befürwortete Ortsumgehung L 332 N, die eines der längsten Planfeststellungsverfahren hinter sich habe, die es jemals im Bereich eines Landesstraßenbaus gegeben habe, in das Landesstraßenbauprogramm nicht aufgenommen worden sei, nachdem nun das Planungsrecht hergestellt worden sei. Stattdessen hätten 3 Millionen € für Alleinradwege Eingang in das Landesstraßenbauprogramm gefunden, offenbar eines der Spielzeuge des Ministerpräsidenten. Die Worte und Ankündigungen vor Ort klafften sehr weit auseinander. Dies enttäusche ihn sehr.

Das Benehmen über das Landesstraßenbauprogramm 2009 ist hergestellt.

Gesamtabstimmung:

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion sowie gegen die Stimmen der Grünen-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Haushalts- und Finanzausschuss, dem Haushaltsgesetz zuzustimmen.

Dieter Hilser (SPD) möchte seitens des Ministers wissen, wie er sich vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung und der Finanzkrise verhalten wolle.

Minister Oliver Wittke (MBV) antwortet, Mehrausgaben im Bereich des Einzelplans 14 aufgrund neuer wirtschaftlicher oder finanzpolitischer Erkenntnisse schließe er aus. Er halte es für mutig, in dieser schwierigen Finanzsituation Anträge zur Erhöhung von Haushaltsmitteln einzubringen.

Eine abschließende Beurteilung dessen, was auf NRW zukomme, maße er sich erst dann an, wenn er jemanden getroffen habe, der ihm sagen könne, wie die Entwicklung in den nächsten Wochen aussehen werde. Eine solche Persönlichkeit habe er jedoch noch nicht gefunden. Von daher werde er keine Mutmaßungen anstellen.

Der vorliegende Haushaltsplan sei wie alle anderen Haushaltspläne der jetzt regierenden Landesregierung in den vergangenen drei Jahren solide. Von daher bräuchten die Haushaltsberatungen auch nicht ausgesetzt zu werden. Es habe sich als klug und sinnvoll erwiesen, keine Wohltaten zu verteilen, als die Steuerquellen in den vergangenen zwei Jahren gesprudelt hätten.

Horst Becker (GRÜNE) erwidert, aus seiner Sicht handele die jetzige Landesregierung nicht seriös, denn die vom Minister genannten Sparanstrengungen seien einerseits Steuermehreinnahmen und andererseits die Verschiebung von Lasten auf die Kommunen. Etwas anderes habe nicht stattgefunden. Dies gelte auch für den Personalabbau, denn zuzüglich PEM gebe es heute mehr Personal als früher.

Sicherlich könne heute niemand sagen, wie es in vier Wochen aussehe. Gleichwohl könne man sich die amerikanischen Verhältnisse sowie das ansehen, was in den letzten Wochen in Deutschland stattgefunden habe. Darüber hinaus könne den Zeitungen entnommen werden, welche Firmen derzeit ihre Produktion stoppten. Dies alles mache deutlich, dass man sich schon jetzt in einer Rezession befinde. Vor dem Hintergrund halte er es für nicht angemessen, Mehrausgaben abzulehnen.